

## Nicht nur ängstlich

Künstler konfrontieren Hausbesitzer mit Schicksalen von Ex-Mietern. Seite 6



## Nicht nur freundlich

In seiner »Geheimen Autobiographie« wütet Mark Twain gegen Roosevelt. Seite 15

Foto: 123RF/perysty

## Nicht nur dunkel

Darknet ist auch Hoffnung auf ein besseres Internet. Seite 18

Foto: 123RF/naddi

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 28. November 2017

72. Jahrgang/Nr. 277

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Das Drama Schlecker

Haidy Damm über das Urteil gegen die einstigen Drogeriekönige

Zwei Jahre Haft auf Bewährung. Es ist erstaunlich, dass Anton Schlecker dem Gefängnis entgeht – übrigens nur knapp, jede höhere Strafe hätte nicht mehr zur Bewährung ausgesetzt werden können. Doch nicht so sehr die Gerichtsentscheidung selbst ist die Überraschung, sondern dass seine beiden Kinder ins Gefängnis kommen – sollte das Urteil rechtskräftig werden. Schließlich haben nicht wenige Zeugen im Prozess ausgesagt, dass ohne den Patriarchen an der Spitze des Familienunternehmens gar nichts ging. Der 73-Jährige habe quasi allein über sein Milliardenimperium geherrscht und keinen Widerspruch geduldet.

In dieser Manier hat er sein Unternehmen in den Untergang geführt und rund 25 000 Beschäftigte vor die Tür gesetzt. Viele von ihnen haben anschließend keinen gleichwertigen Job mehr bekommen. Ihr Schicksal hat weder den beratungsresistenten Anton Schlecker noch seine Kinder zu einer Entschuldigung bewogen – eine Geste, die sich die ehemalige Betriebsratsvorsitzende mehr gewünscht hat als eine Haftstrafe.

Vergessen werden darf aber auch nicht: Im Drama Schlecker wurden die »Schlecker-Frauen« nicht nur vom Unternehmen allein gelassen, sondern auch von der Politik. Zwar kündigten fast alle politischen Lager Hilfe an, doch die blieb aus. Eine Transfergesellschaft scheiterte am Widerstand der FDP. Solange sich hier nichts ändert, können Patriarchen wie Schlecker weiter willkürlich walten. Auch wenn sie sich dabei mal eine Beule holen.

## UNTEN LINKS

Leben ist das, was passiert, während du beschäftigt bist, andere Pläne zu machen – diesen John Lennon zugeschriebenen Satz sollte sich Angela Merkel auf der Zunge zergehen lassen. Sie, die es gern immer etwas langsamer angeht, plant seit Wochen erfolglos ihre vierte Regierungsperiode und büßt dabei Tag um Tag wertvolle Lebenszeit ein. In ihrem Alter sollte sie allerdings nicht mehr so inflationär damit umgehen. Denn womöglich sondiert sie ja ganz und gar bis zu ihrer Rente. Vierzehn Wochen Jamaika-Gespräche, jetzt die Pläne mit der Großen Koalition, über die erst im neuen Jahr verhandelt werden soll, später womöglich doch eine Minderheitsregierung oder Neuwahlen. Und dann geht das Gezerre von vorne los. Das erste Jahr des neuen Merkel-Auftritts wird jedenfalls verstreichen, ohne dass überhaupt etwas passiert. Die volle Legislaturperiode, die die Kanzlerin uns angedroht hat, war offenbar als Altersteilzeit geplant. Damit ihr Übergang ins normale Leben nicht so abrupt beginnt. oer

## Der lange Arm Berlins

Deutschland verhandelt beim Brexit maßgeblich mit – auch über EU-Spitzenbeamte



Foto: imago/photothek/Ute Grabowsky

Berlin. Sie sei auch als geschäftsführende Kanzlerin auf europäischer Ebene »voll handlungsfähig«, belehrte Angela Merkel ihre Amtskolleginnen und -kollegen auf dem EU-Osteuropa-Gipfel am vergangenen Freitag in Brüssel. In der Runde hatte sich angesichts der schwierigen Regierungsbildung in Berlin die Sorge breit gemacht, dass die Gespräche über den Brexit ohne deutsche Beteiligung erlahmen könnten.

Mitte Dezember beraten die Staats- und Regierungschefs in Brüssel darüber, ob sie mit Großbritannien in die nächste Verhandlungsphase über den Austritt der Briten aus der EU

einsteigen. Der Verhandlungsfahrplan ist gründlich aus dem Ruder gelaufen. Brüssel macht dafür die fehlende Bereitschaft Londons, insbesondere bei Rechten von EU-Bürgern und den »Schulden« des Königreichs einzulenken, verantwortlich. Die EU hat London dafür nun eine »absolute Deadline« bis zum 4. Dezember gesetzt.

Deutlich wurde am Wochenende auch Merksels Mann für heikle Aufgaben, Peter Altmaier. Die Position der Bundesregierung in den Gesprächen über den EU-Austritt Großbritanniens sei durch die verzögerte Regierungsbildung nicht beeinträchtigt, betonte der Kanz-

leramtsminister und amtierende Finanzminister gegenüber der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung«. Altmaier ist eigentlich EU-Beamter und hält nach wie vor enge Kontakte nach Brüssel. Ganz offensichtlich auf offiziellem wie inoffiziell Wege. Denn in der Europahauptstadt agieren zahlreiche Deutsche in den EU-Institutionen.

Zu den einflussreichsten gehören als stellvertretende EU-Chefunterhändlerin für den Brexit Sabine Weyand und der Kabinettschef von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, Martin Selmayr, die »neues deutschland« porträtiert. sat

Seiten 2 und 3

## Merkel säuselt, Schulz laviert

CDU-Vorsitzende kommt der SPD mit freundlichen Koalitionsgeboten entgegen

CDU-Chefin Angela Merkel wirbt um die SPD. Diese ringt noch mit sich, nennt aber bereits Preise, zu denen sie für eine Große Koalition zu haben sein könnte.

Von Uwe Kalbe

»Ernsthaft, engagiert, redlich« werde die Union mit den Sozialdemokraten sprechen. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel warb am Montag auf einer Pressekonferenz mit Engelszungen um eine Neuaufgabe der Großen Koalition. Die Kompromissbereitschaft der geschäftsführenden Bundeskanzlerin nimmt in dem Maße zu, wie die Zahl der potenziellen Partner für eine Regierungsbildung abgenommen hat. Natürlich werde die Union auf der Grundlage ihres eigenen Regierungsprogramms verhandeln, sagte Merkel und wies dabei auf bestimmte, »sehr bedeutsame« Punkte hin. »Aber wir wissen natürlich, dass solche Gespräche auch immer Kompro-

misse erfordern.« Insbesondere die Entwicklungen in Europa und die Gefahr eines Gewichtsverlustes Berlins bei den anstehenden Entscheidungen hierbei geben der Unionsführung zu denken.

Merkel leitet vor allem daraus die Notwendigkeit einer stabilen Regierung ab. Es gebe international die Erwartung eines »handlungsfähigen« Deutschlands mit einer stabilen Regierung. Merkel kann sich deshalb mit einer Minderheitsregierung – ob als im Bundestag allein agierende Kraft oder unter Tolerierung durch einen festen Partner, mit dem die Grundlinien der Politik vereinbart werden – nicht recht anfreunden.

Auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) warb vor Beginn einer CDU-Vorstandssitzung am Montag mit dem europäischen Argument für eine Große Koalition. Diese könnte anstehende schwierige Fragen wie den Aus-

tritt Großbritanniens aus der Europäischen Union sowie die Reformvorschläge des französischen Präsidenten Emmanuel Macron angehen. Schon in einer CDU-Präsidiumssitzung am Sonntagabend hatten Macrons Vorschläge

»Keine Option ist vom Tisch.«

SPD-Chef Martin Schulz

einen größeren Raum eingenommen, Merkel warb dabei für eine baldige offensive Antwort.

Doch die SPD ist noch nicht vollends bereit, den nach der Bundestagswahl im September verkündeten Gang in die Opposition ohne weiteres über den Haufen zu werfen. Noch vor der Großen Koalition rangiert auf der Prioritätenliste führender Politiker eine Minderheitsregierung der

Union, die von der SPD gestützt werden könnte. Auch Parteichef Martin Schulz sprach am Montag nach einer Vorstandssitzung unbestimmt davon, man müsse keine Angst vor ungewohnten Konstellationen haben. »Keine Option ist vom Tisch.«

Am Freitag tagt das Präsidium der Partei, tags zuvor sind Merkel, Schulz und CSU-Chef Horst Seehofer zum Bundespräsidenten bestellt. Schulz machte deutlich, dass für die SPD das eigene Programm Maßstab aller Verhandlungsdinge ist: »Unser Programm gilt. Jede unserer Forderungen ist berechtigt.« Am Ende sollen die SPD-Mitglieder in einer Befragung entscheiden. Darüber hinaus betonte Schulz, dass er SPD-Vorsitzender bleiben wolle. Am Montag drehte sich das Verhandlungskarussell bei Präsident Steinmeier mit Besuchen der Fraktionschefs von Grünen, Union und Linkspartei weiter. Mit Agenturen

Seiten 4 und 5

## Gericht verhängt Bewährungsstrafe für Anton Schlecker

Meike und Lars Schlecker müssen wegen Betrugs ins Gefängnis

Stuttgart. Das Stuttgarter Landgericht hat die Schlecker-Kinder Lars und Meike zu Freiheitsstrafen verurteilt. Ihr Vater Anton erhielt zum Ende des Bankrott-Prozesses am Montag eine Bewährungsstrafe. Unter anderem wegen Insolvenzverschleppung und Betrugs sollen Lars und Meike Schlecker ins Gefängnis. Im Fall von Lars beschlossen die Richter zwei Jahre und neun Monate Haft, im Fall von Meike zwei Jahre und acht Monate. Der frühere Drogeriemarkt-Unternehmer selbst bekam wegen Bankrotts eine Bewährungsstrafe von zwei Jahren. Außerdem muss Anton Schlecker eine Geldstrafe von 360 Tagessätzen zu je 150 Euro zahlen. Den Schlecker-Kindern hatte die Tochterfirma LDG gehört, über die Schlecker die gesamte Logistik der Drogeriefilialen abwickelte. Das Gericht sah in ihrem Fall nicht nur den Vorwurf des Bankrotts als erwiesen an, sondern darüber hinaus Beihilfe zum Bankrott, Insolvenzverschleppung und Untreue. dpa/nd

Seite 9

## Glyphosat bleibt zugelassen

Unkrautvernichter darf in der EU für weitere fünf Jahre benutzt werden

Brüssel. Das umstrittene Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat wird in der EU für weitere fünf Jahre erlaubt. Die Staaten stimmten am Montag nach monatelangen Diskussionen mit qualifizierter Mehrheit für den Vorschlag der EU-Kommission. 18 Länder waren für, neun gegen die Zulassung, eins enthielt sich. Die entscheidende Ja-Stimme kam aus Deutschland, das sich bisher enthalten hatte, weil Agrarminister Christian Schmidt (CSU) und Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) uneins waren. Die Zustimmung sei nicht abgestimmt gewesen, kritisierte Hendricks und bezeichnete das Vorgehen des Agrarministeriums als Vertrauensbruch.

Um Glyphosat tobt ein Streit auf politischer und wissenschaftlicher Ebene. Positiven Stellungnahmen der europäischen Chemikalienagentur und der europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit steht vor allem ein Urteil der Internationalen Agentur für Krebsforschung gegenüber, die Glyphosat als »wahrscheinlich krebserzeugend bei Menschen« eingestuft hat. epd/nd

Seite 9

## Immer mehr Kinder leben von Hartz IV

Flüchtlinge und Zuwanderer betroffen

Berlin. In Deutschland steigt die Zahl der Kinder, die auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind. Das geht aus Daten der Bundesagentur für Arbeit hervor. Demnach lebten im Juni dieses Jahres 2,05 Millionen Kinder und Jugendliche in Familien, die Hartz IV beziehen. Das waren rund 100 000 mehr als im Juni 2016 (plus fünf Prozent), berichten die Zeitungen der Madsack-Gruppe. Grund sei vor allem die Zunahme der Anzahl von Flüchtlingen sowie Zuwanderern aus Rumänien und Bulgarien, hieß es in dem Zeitungsbericht. Dadurch sei die Zahl der ausländischen Kinder, die von Hartz-IV-Leistungen leben, um 41 Prozent auf rund 584 000 gestiegen.

Flüchtlinge erhalten zunächst Asylbewerberleistungen, nach Anerkennung als Schutzsuchende bekommen sie jedoch Unterstützung wie deutsche Arbeitslose. Für Rumänien und Bulgarien gilt seit Anfang 2014 volle Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union. Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen haben sie allerdings nur, wenn sie in Deutschland schon einmal gearbeitet haben. epd/nd

